

Demokratische Kontrollorgane kämpfen gegen den Preiswucher

Die Bekämpfung des Preiswuchers als eines wichtigen Teiles der Versorgung überhaupt ist eine sehr hervorragende Aufgabe, der sich die Organe der demokratischen Selbstverwaltungen unter weitestgehender Beteiligung von Vertretern der werktätigen Bevölkerung mit ganzer Kraft zu widmen haben, wenn die notwendigen Erfolge wirklich erreicht werden sollen. Daß wir in der Partei und Verwaltung, in Betrieb und Gewerkschaft, in den Genossenschaften, Frauenausschüssen usw. bestrebt sein müssen, auf diesem Wege führend voranzugehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wie eine solche Arbeit gegen den Preiswucher unter Anteilnahme der Werktätigen zustande kommt und sich praktisch auswirkt, zeigt folgende Betrachtung über die Arbeit von demokratischen Kontrollorganen in der Mark Brandenburg.

Um die Verordnungen der Provinzialverwaltung über die Regelung der Versorgung und der Preise auf den Stand von 1944 wirksam zur Geltung zu bringen, werden in immer stärkerem Maße demokratische Kontrollorgane gebildet. Diese setzen sich aus Frauen und Männern der werktätigen Bevölkerung, Mitgliedern der Gewerkschaften, Angehörigen aus den Betrieben, den Frauenausschüssen, Konsumgenossenschaften usw. zusammen. Die Stadt Brandenburg hat beispielsweise schon im vorigen Jahr einen solchen Kontrollausschuß eingesetzt, dem 4 Frauen und 8 Männer angehören. Davon sind 9 Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Betrieben und die restlichen 3 sind kaufmännische Angestellte. Sie werden von der Stadtverwaltung für ihre Tätigkeit besoldet. In einem vierwöchigen Schulungskursus wurden sie für ihre Aufgabe vorbereitet. Während den Männern in der Hauptsache die Überwachung der Preisgestaltung der Produktion in den Betrieben obliegt, haben die Frauen die Aufgabe, die Geschäfte zu überwachen. Sie überwachen nicht nur die Preise, die gegenwärtig gefordert werden, sondern auch die Geschäftsabwicklung der vergangenen Monate. Da, wo durch Überpreise ungerechtfertigte Gewinne erzielt wurden, werden diese durch Geldbußen weggesteuert.

Durch die Kontrolle in den Betrieben ist es gelungen, schon bei der Herstellung der Waren eine allgemeine Senkung der Produktionskosten zu erzielen. Dadurch, daß hier geschulte, in der industriellen Produktion erfahrene Männer und Frauen am Werk sind, hat diese Tätigkeit bereits positive Ergebnisse gezeigt. Nicht vom grünen Tisch aus, sondern in engster Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Gewerkschaftsobleuten in den Betrieben werden die Produktionskosten überprüft, wo es notwendig ist, gesenkt und so die Preise der Waren erschwinglich gestaltet. In ebenso kritischer Weise werden die im Moment im Vordergrund stehenden Preisregulierungen vorgenommen. So wurde z. B. für die in den Gärtnereien angebotenen Gemüsepflanzen in gemeinsamer Beratung mit den Besitzern der Gärtnereien ein Festpreis vereinbart. Durch Stichproben wurde die Einhaltung dieser Festpreise überwacht. Der Festpreis für Gemüsepflanzen war so gehalten, daß die Preise nicht höher lagen als 1944 und daß der Gärtner pro Pflanze 1 Pfg. verdienen sollte. Hier einige andere Beispiele:

Bei einer Geschäftskontrolle in einem Weißwarengeschäft konnte festgestellt werden, daß für 20—25 cm lange Schulterbändchen ein Preis von RM 4,25 für ein Paar gefordert wurde, deren tatsächlicher Herstellungspreis RM 0,07 beträgt. — Ein Holzhändler ließ von Hand Stubben roden, die er zweimal gespalten mit RM 5.— je Stück verkaufte. Er belegte diesen Preis mit einer einwandfreien Kalkulation. Eine Bestrafung konnte daraufhin nicht erfolgen, wohl aber wurde ihm der Verkauf handgerodeter Stubben untersagt, da der werktätigen Bevölkerung solche Preise nicht zugemutet werden können. — Ein Modesalon

nahm für die Anfertigung von Pullovern RM 45.— bis RM 60.— und für Kleider RM 125.— bis RM 195.—. Die Ursache wurde in einem wesentlich zu hoch eingesetzten Unkostenzuschlag festgestellt. Der hierdurch erzielte Übergewinn von RM 665.— wurde abgeschöpft. — Ein Elektrogeschäft verkaufte handgearbeitete Tischlampen einfacher Ausführung mit RM 62,30, wofür die Nachkalkulation nur RM 39,90 Verkaufspreis ergab. Der Überpreis entstand durch willkürlich überhöhten Gewinnaufschlag. Die Strafe für diesen unverschämten Gewinn betrug RM 1000.—. Ein Friseur nahm für Dauerwellen bis zu RM 24.— und auch für sonstige Bedienung stark erhöhte Preise. Er wurde mit RM 2000.— bestraft. — Ein Händler verkaufte Spiel- und Galanteriewaren sowie Haushaltsartikel zu Überpreisen bis zu 650 Prozent. Als Ursache wurden entsprechend erhöhte Einkaufspreise festgestellt, auf die der hierfür genehmigte Rohgewinnaufschlag gelegt wurde, anstatt diesen von den 1944 gültigen Einkaufspreisen zu errechnen. Der hierdurch erzielte Übergewinn wurde mit RM 10 000.— festgestellt und abgeschöpft. — Ein Schuhgeschäft ließ für seine Kundschaft aus gelieferten Stoffen Hausschuhe anfertigen. Es rechnete für seine Vermittlung zwischen Hersteller und Verbraucher 41 Prozent Rohgewinn. Dafür wurde ihm eine Geldbuße von RM 2000.— auferlegt.

Da, wo es sich um hartgesottene Sünder handelt, wird den Geschäftsinhabern die Handelserlaubnis entzogen. Um sich aber die Mitarbeit der Bevölkerung zu sichern, haben Stadtverwaltungen Büros eingerichtet, wo jederzeit alle Beschwerden entgegengenommen werden; denn ein voller Erfolg der Preisüberwachung ist nur dann zu erwarten, wenn die gesamte Bevölkerung, vor allem die Hausfrauen dabei mithelfen und alle Überpreise der Preisstelle melden. Diese Mitarbeit läßt noch viel zu wünschen übrig. Sie muß mit Hilfe der Gewerkschaften und Frauenausschüsse überall organisiert werden.

In manchen Städten ist es nun allerdings häufig so, daß die Verwaltungsorgane und Bürgermeister der Mitarbeit der Frauen und Gewerkschaften Schwierigkeiten bereiten. Das geschah z. B. in Strausberg, wo der Frauenausschuß festgestellt hatte, daß Knabenanzüge zum: Preise, von RM 60.— verkauft wurden und daß bei der Verteilung von Spirituosen der Nazikaufmann bevorzugt beliefert wurde. Den Einspruch des Frauenausschusses beim Bürgermeister wies dieser mit dem Bemerkten zurück, daß sich die Frauen darum nicht zu kümmern hätten. Solche Bürgermeister haben noch nicht begriffen, daß sich unsere Selbstverwaltungsorgane vor allem auch auf die Mitarbeit der Bevölkerung stützen müssen, wenn sie wirklich demokratische Einrichtungen sein wollen.

Es gibt aber andererseits auch solche Beispiele, wie in Fürstenwalde, daß nämlich zwar die Bürgermeister auf Grund der Preiskontrollen gegen Preissünder besonders strikt durchgreifen und solche Geschäfte, die sich des größten Preiswuchers schuldig gemacht haben, schließen wollen. Da sie aber hierzu der Zustimmung des Landrates bedürfen, dort jedoch die Anzeigen gegen solche Geschäftsleute monatelang einfach unbearbeitet liegen bleiben, wird alle Arbeit, die zur Senkung der Preise führen soll, wirkungslos, und der Preissünder lacht sich eins ins Fäustchen.

Bürokratismus und Unverständnis für die Wünsche der werktätigen Bevölkerung können unsere Anstrengungen zur Normalisierung der Wirtschaft und zur Regulierung der Preise zunichte machen. Zusammenarbeit aller, Organisation der Mitarbeit der werktätigen Bevölkerung bei der Versorgung und Preisgestaltung und verständnisvolle Unterstützung dieser Mitarbeit durch die Behörden ist das Gebot der Stunde.

K. Seibt